

Brief aus Straßburg

an die Mandats- und Funktionsträger
in Bayern von Markus Ferber, MdEP

Ausgabe Juni 2016



Bei unfairen Handelspraktiken nicht tatenlos zuschauen!

„Billigpreise und der Unterbietungswettbewerb auf Kosten unserer Landwirte müssen ein Ende haben. Wir werden unfairen Handelspraktiken in der Lebensmittelversorgung nicht mehr tatenlos zusehen“, so Markus Ferber. Das Parlament verabschiedete dazu in dieser Woche in Straßburg einen Initiativbericht. „Im Kern geht es uns um faire Beziehungen zwischen den Erzeugern, Lieferanten und Vertreibern von Lebensmitteln“, so Ferber. „Wenn zum Beispiel ein Liter Milch günstiger als ein Liter Wasser ist, läuft in der Lebensmittelversorgung etwas grundlegend falsch.“ Markus Ferber erhöht den Druck auf die Kommission und fordert Taten: „Wir brauchen keine weiteren Analysen und Bestandsaufnahmen, sondern endlich eine EU-Rahmengesetzgebung, die systematisch gegen Produzentenerpressung und Unterbietungswettbewerb vorgeht“, so Ferber. „Wie lange will die Kommission noch tatenlos zuschauen?“

Parlament geht gegen Steuerhinterzieher vor

Mit der Anti-Steuervermeidungsrichtlinie setzt die EU die auf internationaler Ebene von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) beschlossenen Standards um und geht an einigen Stellen noch darüber hinaus. „Das Parlament meint es ernst mit dem Kampf gegen Steuervermeidung und Gewinnverlagerung“, so Ferber nach der Abstimmung in Straßburg. „Bisher gibt

es für multinationale Unternehmen schlichtweg zu viele Schlupflöcher im internationalen Steuerrecht. Dadurch gehen dem Fiskus Milliardenbeträge verloren, die am Ende an anderer Stelle fehlen. Das internationale Steuerrecht mag abstrakt scheinen, aber wenn am Ende das Geld für die Renovierung von Kindergärten, Universitäten oder den Straßenbau fehlen, werden die Ergebnisse sehr greifbar“, erklärt Ferber. In diesem Zusammenhang begrüßt Ferber auch den Beschluss des Parlaments einen Untersuchungsausschuss einzusetzen. Dieser soll den Skandal um die so genannten „Panama Papers“ aufklären. „Die ‚Panama Papers‘ haben gezeigt, mit welchen trickreichen Arrangements Steuersünder vorgehen. Wir müssen uns nun sehr genau anschauen, wie wir künftig gegen Briefkastenfirmen vorgehen, die einzig und allein dem Ziel dienen, sich der Steuerschuld zu entziehen“, so Ferber.

Neue EU-Migrationspolitik

Die EU will in der Flüchtlingskrise stärker mit Herkunfts- und Transitländern zusammenarbeiten. Wer kooperiert, etwa bei der Aufnahme von abgelehnten Asylbewerbern, wird belohnt – mit Entwicklungshilfe oder Handelserleichterungen. Den Anreiz soll ein Investitionsprogramm liefern, das bis zu 62 Mrd. Euro umfassen könnte. „Klingt vielversprechend, aber beim genauen Hinsehen entpuppen sich die Vorschläge als Luftnummer. Die Idee, den EFSI für Afrika neu aufzusetzen, wenn die EU schon bislang erhebliche Schwierigkeiten hat, die

vorhandenen Hilfstöpfe wie etwa den Notfallfonds für Afrika zu füllen, wird nicht funktionieren.“ Auch nach dem Vorbild des fragwürdigen Türkei-Abkommens mit weiteren Staaten zu schließen, hält Ferber für den falschen Weg. Über den Vorschlag werden die Staats- und Regierungschefs auf ihrem Gipfeltreffen Ende Juni in Brüssel beraten.

EFSI: Halbzeitbilanz

Der Europäische Investitionsfonds (EFSI) bringe schon jetzt die lahrende Wirtschaft in Schwung, feiert die EU-Kommission die Halbzeitbilanz ihres Vorstoßes – und will den Fonds nun verlängern. „Ich sehe die Förderung aus dem Milliarden-Topf nicht als den großen Erfolg und habe bereits bei der Vorstellung des EFSI vor überzogenen Erwartungen gewarnt“, so Markus Ferber. Der EFSI war als Vorzeiprojekt der Juncker-Kommission geplant. Mittels Garantien aus dem EU-Haushalt und dem Budget der Europäischen Investitionsbank (EIB) sollten insgesamt 315 Milliarden Euro an Investitionen angeregt werden. „Wenn nach der ersten Halbzeit noch nicht einmal ein Drittel der versprochenen Investitionen generiert wurden, zeigt das, dass die Gleichung der Kommission nicht aufgeht.“ Als möglichen Grund nannte Ferber, dass nur hochrentable Projekte über die Europäische Investitionsbank finanziert werden können. „Nehmen wir das Beispiel Griechenland: Ganze zwei Projekte wurden bisher in Griechenland über den EFSI ins Leben gerufen. Das ist eine magerere Bilanz.“

